



ABSTIMMUNGEN

«Die SP verliert Volksabstimmungen in Serie» lautet einer von vier Mythen, die einem Reality Check nicht standhalten.

Seite 7

Mitgliederzeitung der SP Schweiz

150 • CH Dezember 2014 AZB 3001 Bern



«Hallo, da ist Christian»

Im Wahlkampf 2015 setzt die SP voll auf euch Mitglieder und euren direkten Draht zu den Wählerinnen und Wählern. Landauf, landab wollen wir nächstes Jahr am Telefon mit über 100 000 Menschen sprechen, die unsere Werte teilen und uns hoffentlich ihre Stimme geben.

Seiten 2 und 3

POSITIONEN



Die zunehmende **Ungleichheit** in der Schweiz ist nicht nur schädlich für die Volkswirtschaft, sie gefährdet auch unsere Demokratie.

Seiten 4 und 5

POSITIONEN



Die **Umlagerungspolitik** gestaltet sich schwierig. Doch 2015 gibt es die Möglichkeit, einige Korrekturen anzubringen.

Seite 15

AGENDA



«6.–8. August, Sommerlager Chandolin». Dies ist nur einer der Termine, die 2015 in jede SP-Agenda gehören.

Seite 19



Der Draht zum SP-Volk

In der heissen Phase des Wahlkampfs wollen wir mit möglichst vielen Wählerinnen und Wählern Kontakt aufnehmen und sie bitten, uns zu wählen. Was 2015 im grossen Stil geschehen soll, hat die SP Thun Ende November getestet – mit Erfolg!

Es gibt drei Wege, wie wir die Wahlberechtigten erreichen: Wir können versuchen unsere Überzeugungen über die (Massen-)Medien zu verbreiten. Wir können Plakate und Inserate schalten oder aber: Wir können versuchen, in persönlichen Gesprächen die Stimmberechtigten zu mobilisieren. Bei den ersten beiden Möglichkeiten scheint uns das Potenzial ausgeschöpft. Wenn die Medienkonzerne negativ über uns schreiben wollen, weil unsere Politik und unsere Ziele ihren Interessen zuwiderlaufen, machen sie dies – ganz egal, wie gut wir politisieren. Bei den Inseraten und Plakaten ist alles eine Frage des Geldes. Wir werden nicht mit Parteien mithalten können, die durch einen Milliardär oder eine Lobby unterstützt werden. Was bleibt, ist die persönliche Mobilisierung, das Gespräch mit den Stimmberechtigten.

Unsere Stärke ist das Politisieren mit unseren Mitgliedern. Und es liegt an uns, wie stark wir sind. Ein teures Plakat ist nach einer Abstimmung oder einem Wahlkampf nichts mehr wert und wird überkleistert. Aber eine Person, welche sich engagiert hat, wird dies auch bei der nächsten Abstimmung tun. Ein Gespräch bleibt länger im Kopf als ein Plakat.

Wir alle kennen Stimmberechtigte, die unsere zentralen Werte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität teilen, aber vergessen abstimmen zu gehen. Das können wir uns nächsten Oktober nicht leisten. Deshalb wollen wir gemeinsam einen Mobilisierungswahlkampf führen.

2011 haben uns rund eine halbe Million Stimmberechtigte gewählt. Im Oktober 2015 sollen es deutlich mehr werden. Damit dies gelingt, wollen wir mit über 100 000 Wahlberechtigten sprechen, die unsere politischen Werte teilen, aber oft ihr Stimmrecht nicht wahrnehmen. Um mit so vielen Menschen sprechen zu können, brauchen wir einen Drittel unserer Mitglieder, also 10 000. Dieses Ziel ist ambitioniert, aber erreichbar. Denn die SP verfügt über die aktivsten Mitglieder aller Parteien.

Erfolgreicher Testlauf in Thun

Wir wollen bereits jetzt Erfahrungen sammeln, damit wir nächsten Oktober gut vorbereitet in die heisse Phase des Wahlkampfs steigen. Deshalb hat die SP Schweiz zusammen mit der SP Thun einen ersten Test für die Gemeindewahlen durchgeführt. Anfang November trafen sich 35 Genossinnen und Genossen, um an diesem

Pilotprojekt teilzunehmen. Ausgestattet mit Computer und Natel telefonierten sie insgesamt über 100 Stunden. Über 200 Thunerinnen und Thuner versprachen am Telefon, die SP zu wählen. Eine beachtliche Zahl: Sie entspricht einem Zehntel aller Personen, die vor vier Jahren SP gewählt haben. Das Feedback war positiv: Die Wählenden konnten Fragen, Lob und Kritik direkt an die Kandidierenden oder engagierte Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfer richten. Und der Aufwand hat sich gelohnt: Als einzige der etablierten Parteien konnte die SP zulegen und einen Sitz im Stadtparlament hinzugewinnen.

In Thun lebt gut $\frac{1}{170}$ der SP-Wählerinnen und -Wähler der Schweiz. Im Oktober 2015 wollen wir darum in 170 Orten Events analog zu Thun durchführen. Damit dies gelingt, sind wir auf euch angewiesen!



Tom Cassee leitet zusammen mit Marco Kistler die Mobilisierungskampagne15, neben der Dachkampagne der zweite Pfeiler der SP-Wahlkampagne.

«Die Bedenken waren anfangs gross»

Wart ihr nicht skeptisch bezüglich der Telefonmobilisierung?

Die Bedenken waren anfangs im Vorstand gross, weil Telefonmarketing einen schlechten Ruf hat. Wir haben uns dann aber doch bereit erklärt, bei diesem Experiment mitzumachen. Das Telefonieren mit den Mitgliedern und Sympis war dann erfolgreich. Sowohl die Beteiligten als auch die Mitglieder haben es als angenehm empfunden; die Befürchtungen haben sich überhaupt nicht bestätigt.



Franz Schori,
Präsident
der SP Thun

Wir können uns deshalb vorstellen, in Zukunft regelmässig mit den Mitgliedern zu telefonieren – auch für die Mitgliederbindung.

Gab es am Telefon viele negative Reaktionen?

Nein, die allermeisten hatten Freude, dass sich die SP mit viel Engagement für Thun einsetzt. Und viele von uns haben ja auch Freundinnen und Freunde mobilisiert – diese haben sich natürlich über einen Telefonanruf gefreut.

Ihr habt einen «Campaigner» angestellt – wieso?

Wir haben für die Mobilisierungsevents jemanden angestellt, weil wir das als Milizgremium nicht auch noch bewältigen konnten. Diese Anstellung hat sich bewährt; die Events waren hervorragend organisiert. Besonders gefreut hat mich, dass sich dank der vorgängigen internen Mobilisierungswelle Mitglieder beteiligt haben, die lange nicht mehr aktiv gewesen waren.



Warum wir gewinnen wollen

In zehn Monaten wählen wir ein neues Parlament. Das ist eine grosse Chance für uns. Wir können diese Wahlen gewinnen und damit den Grundstein legen für eine fortschrittliche, solidarische und offene Schweiz.

Die Schweiz steht vor wegweisenden Entscheidungen. Unser Land droht zwischen Marktradikalismus und Abschottung zerrieben zu werden. Wir müssen hier und heute heftig verteidigen, was wir für die Menschen in unserem Land erreicht haben. Wir kämpfen um unsere humanitäre Tradition und gegen die Wiedereinführung des Saisonierstatus. Aber auch gegen die Schweiz der selbsternannten Wirtschaftsaristokratie, die ihr Machtmonopol schamlos ausnutzt und sich zusehends entsolidarisiert. Noch nie zuvor war der Reichtum in der Schweiz ungleicher verteilt als heute. Die 3 Prozent der reichsten Schweizerinnen und Schweizer besitzen gleich viel Vermögen wie die anderen 97 Prozent zusammen. In den Städten und Agglomerationen explodieren die Wohnpreise. Die Immobilienkonzerne machen Rekordprofite auf dem Buckel der Mieterinnen und Mieter. Steuern für Konzerne werden gesenkt, was zu Defiziten bei Gemeinden und Kantonen führt, die dann mit Abbauprogrammen kompensiert werden.

Demokratie duldet keine Privilegien

Die SP ist die Antwort auf diese Entwicklungen. Die SP ist die Alternative, wenn es darum

geht, eine aktive Rolle als Teil Europas und der Welt einzunehmen und der Solidarität und Menschlichkeit wieder eine tragende Rolle einzuräumen. Die SP ist seit jeher die Partei, die sich für mehr Demokratie und Selbstbestimmung einsetzt – nicht nur in der Politik, sondern in sämtlichen Gesellschaftsbereichen. Demokratie duldet keine Privilegien. Eine wirkliche Demokratie als Grundlage einer of-

Wir müssen hier und heute heftig verteidigen, was wir für die Menschen in unserem Land erreicht haben.

fenen und solidarischen Schweiz ist auch deshalb ohne Demokratie in der Wirtschaft nicht zu haben.

Hinter unseren Forderungen für sichere Renten, anständige Löhne, echte Gleichstellung, Partizipation und Demokratie stehen nicht die Sonderinteressen einer Elite. Es geht um gemeinsame Werte. Um eine Gesellschaft, in der jeder Mensch seinen Platz hat und über seine Lebensverhältnisse bestimmen kann – sei es in Wahlen und Abstimmungen oder am Arbeitsplatz. Es geht um die Überzeugung,

dass Offenheit anderen gegenüber, die humanitäre Tradition, die Integration von Menschen jedweder Herkunft und die geteilte Verantwortung für die Zukunft unseres Kontinents den Kern unserer Zivilisation ausmachen.

Wahlen prägen Debatten

Wir freuen uns auf den Wahlkampf und sind daran, die Grundlagen für eine Kampagne zu legen, die auf hunderte, ja tausende von freiwilligen Mitgliedern setzt. Wir wollen gewinnen, denn der Ausgang der eidgenössischen Wahlen 2015 wird die politischen Debatten der nächsten Jahre prägen. Bereits diese Legislatur zeigt eindrücklich, dass ein einzelner Parlamentssitz entscheidend sein kann. CVP-Nationalratspräsident Lustenberger entschied im März mit Stichentscheid, dass Schweizer Waffen neu auch an Staaten geliefert werden dürfen, welche die Menschenrechte systematisch verletzen, etwa Pakistan oder Saudiarabien. Hätte die SP nur einen Sitz mehr gehabt, hätten wir dies verhindern können.

Leyla Gül und
Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärinnen
der SP Schweiz



FRAGEN UND ANTWORTEN ZUR MOBILISIERUNGSKAMPAGNE 2015

Warum mit dem Telefon mobilisieren?

Der persönliche, direkte Kontakt funktioniert am besten und wir erhalten ein direktes Feedback. Parallel dazu werden wir trotzdem auch E-Mails, SMS, Facebook-Nachrichten, Briefe und Postkarten verschicken.

Wen rufen wir an?

Wir werden einerseits alle passiven SP-Mitglieder sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten anrufen – auch diese vergessen manchmal zu wählen. Andererseits setzen wir auf persönliche Kontakte der Freiwilligen und der Kandidierenden. Diese wissen am besten, wer uns wählen könnte, dies aber manchmal nicht tut.

Wie sieht der Zeitplan aus?

Nach dem Testlauf in Thun setzen nun die Kantonalparteien in Luzern und Zürich für die kantonalen Wahlen im März respektive April auf einen Mobilisierungswahlkampf. Für die National- und Ständeratswahlen starten wir im Mai 2015 mit der Mobilisierung.

Ungleichheit schadet Volkswirtschaft

Der Reichtum in der Schweiz ist sehr ungleich verteilt. Mit immer neuen steuerlichen Privilegien für Wohlhabende verschärft die bürgerliche Politik die Gegensätze zwischen Reich und Arm noch weiter. Diese Entwicklung schadet nicht nur der Volkswirtschaft, sondern auch der Demokratie.

Landauf, landab behaupten rechte Thinktanks und Politiker, Ungleichheit sei ein Problem des Auslands, nicht aber der Schweiz. Leider behaupten das auch die «offiziellen» Zahlen. Sie beruhen aber auf ungenügenden Datengrundlagen (Steuerstatistiken, Haushaltsbudget-Erhebungen). Näher an die Wahrheit kommen Auswertungen, denen die Daten der AHV zugrunde liegen. Die AHV hat – sozialpolitisch wie statistisch – den grossen Vorteil, dass alle Einkommen erfasst werden¹. So zeigt sich, dass die Schweiz in Sachen Einkommensungleichheit kein Sonderfall ist, sondern im europäischen Schnitt liegt.

Auffallend ist vor allem, dass die Konzentration der Einkommen beim obersten Prozent spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre wieder zunimmt. Die gleiche Entwicklung zeigt sich, wenn wir unter den verschiedenen Arten von Einkommen nur die Löhne betrachten. Auch dort geht immer mehr an jene, die schon haben: Die Löhne des obersten Prozents sind seit 1996 um gut 40 Prozent gewachsen, die mittleren Löhne dagegen nur um etwa 7 Prozent. Die Zahl der Lohnmillionäre ist explodiert: Im gleichen Zeitraum hat sich die Zahl der Personen, die mehr als 500 000 Franken verdienen, vervierfacht, die Zahl der Lohnmillionäre hat sich sogar verfünffacht. Eindeutig ist auch, woher diese Lohnexplosion kommt: Gestiegen sind vor allem die sogenannten flexiblen oder variablen Lohnanteile, sprich: Boni.

Wer hat, dem wird gegeben

Dass die Einkommensentwicklung im neoliberalen Kapitalismus ausser Kontrolle geraten ist, ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten noch keine wirkliche Überraschung. Dramatischer ist hingegen, dass die neusten Erkenntnisse zeigen, wie diese Entwicklung einer Steuerpolitik zugunsten der oberen Zehntausend sogar noch gefördert wird. Der Gewerkschaftsbund hat ausgerechnet, dass die Steuergeschenke auf der einen und die steigenden Mieten und Krankenkas-

senprämien auf der anderen Seite bedenkliche Folgen haben: Menschen mit tiefen und mittleren Einkommen haben sogar weniger im Portemonnaie als vor zehn Jahren (2010: –1300 Franken verfügbares Einkommen bei den tiefen Einkommen; –300 Franken bei mittleren Einkommen). Wer zu den 10 Prozent der Best-

Auffallend ist vor allem, dass die Konzentration der Einkommen beim obersten Prozent spätestens seit Mitte der 1990er-Jahre wieder zunimmt.

verdienenden gehört, hat dagegen mindestens 7000 Franken mehr in der Tasche als noch vor 10 Jahren.

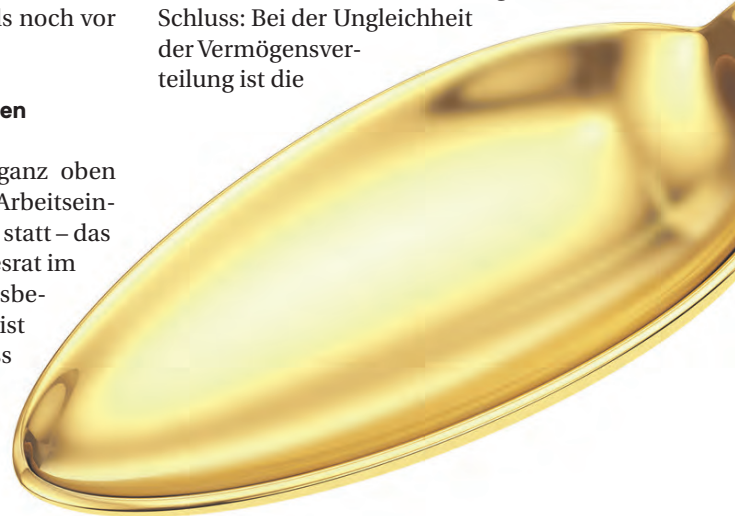
Verschiebung von Arbeitseinkommen zu Kapitaleinkommen

Neben der Explosion der Löhne ganz oben findet eine Verschiebung von den Arbeitseinkommen hin zu Kapitaleinkommen statt – das musste inzwischen sogar der Bundesrat im kürzlich erschienenen Wohlstandsbericht eingestehen. Ein Mass dafür ist die Lohnquote: Sie misst, wie gross der Anteil an der Wirtschaftsleistung ist, der in Löhnen an die Arbeitnehmenden ausbezahlt wird. Tatsächlich geht diese Quote ge-

messen am Bruttonationaleinkommen BNE seit Mitte der Neunzigerjahre erstmals leicht zurück – von 56,5 Prozent Mitte der 1990er-Jahre auf 55 Prozent im Schnitt der letzten Jahre. Entfernt man das oberste Prozent der Lohnempfänger aus der Rechnung, sieht es noch düsterer aus: Diese «Lohnquote der 99 Prozent» ist gemessen am BNE innerhalb von zehn Jahren um mindestens 5 Prozent zurückgegangen – für volkswirtschaftliche Verhältnisse sind das deutliche Zahlen.

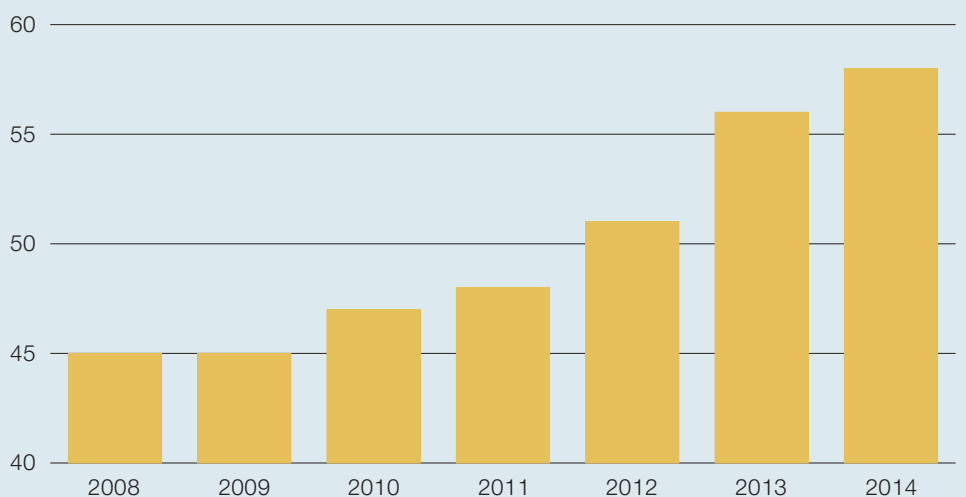
Ein St.-Jakob-Park für jedes Dorf

Die Umverteilung von Arbeit zu Kapital zeigt sich noch klarer, wenn wir die Vermögen betrachten. Verschiedene Studien dazu kommen im Wesentlichen zum gleichen Schluss: Bei der Ungleichheit der Vermögensverteilung ist die



VERMÖGEN DER 300 REICHSTEN GEMÄSS «BILANZ»

in Milliarden Franken



¹Leider gilt auch das nur noch mit Vorbehalt. Mit der Unternehmenssteuerreform III hat es die bürgerliche Mehrheit geschafft, dass gewisse selbständig Erwerbende mit ein paar simplen Steuertricks grosse Teile ihres Einkommens von der AHV-Pflicht ausnehmen können. Dann nämlich, wenn sie sich neu Dividenden statt Löhne auszahlen.

haft und Demokratie

Schweiz an der absoluten Weltspitze. Eine Studie der UNO-Universität kommt sogar zum Schluss, dass weltweit nur in zwei Ländern die Vermögen noch ungleicher verteilt sind (Simbabwe und Namibia). Gemessen an den Steuerdaten (die auch hier die hohen Vermögen tendenziell unterschätzen) besaßen die obersten 10 Prozent der Schweizer Vermögenden in den letzten Jahren konstant über 70 Prozent der Vermögen. Die obersten 5 Prozent besitzen 58 Prozent aller Vermögen, die obersten 3 Prozent gleich viel wie die restlichen 97 Prozent

zusammen. Noch krasser wird es, wenn wir die Schätzungen der Wirtschaftszeitung «Bilanz» betrachten. Im Jahr 2014 besaßen allein die 300 Reichsten 589 Milliarden Schweizer Franken Reinvermögen. Mit diesem Geld könnte man in jeder einzelnen der knapp 2350 Schweizer Gemeinden ein Fussballstadion in der Grösse des St.-Jakob-Parks bauen. Übrigens: Über die Hälfte der 300 Reichsten hat ihr Vermögen geerbt. Fast ein Drittel aller Multimillionäre hat sein Vermögen allein durch Erbschaft gemacht. Und die Explosion dürfte weitergehen: Sogar im Krisenjahr 2008 hat das reichste 0,1 Prozent der Bevölkerung sein Vermögen jeden Tag um fast 7000 Franken vergrössert.

Schaden für Volkswirtschaft und Demokratie
Die explodierende Ungleichheit ist mindestens aus zwei Gründen gefährlich für unsere Gesellschaft: Erstens ist sie volkswirtschaftlich schädlich. Langsam setzt sich die Erkenntnis durch, dass die Krise von 2008 eben nicht ein-

fach eine kurzfristige Krise des Bankensektors war und ist, sondern vielmehr eine

langfristige Krise der Nachfrage. Und tatsächlich ist genau dies eine Folge der Ungleichheit. Eine Überkonzentration von Vermögen und Reichtum führt zu ineffizienten Allokationen gesellschaftlicher Investitionen. Oder einfacher formuliert: Wenn zu viel Kapital in wenigen Händen konzentriert ist, kann es schlicht nicht mehr sinnvoll in die Realwirtschaft investiert werden. Die Folge davon: Es werden andere Anlageobjekte gesucht – unter anderem wird risikoreich spekuliert –, während gleichzeitig beim Rest der Gesellschaft die Kaufkraft fehlt. Genau so entstehen Finanzblasen – und letztlich Wirtschaftskrisen.

Zweitens wird die Konzentration von Reichtum zur Bedrohung für die Demokratie. Irgendwann schlägt eben auch – oder gerade – in einer liberalen, bürgerlichen Demokratie schiere ökonomische Macht in politische um. Dabei ist das direkte Erkaufen von politischen Entscheidungen – etwa vorteilhafte Steuergesetze für Reiche oder schwache Bankenregulierungen – nur die offensichtlichste Seite der Medaille. Konzentrierter Reichtum entwickelt durch die Abhängigkeit von Steuereinnahmen weniger Reicher eine antidemokratische Schlagseite. Derzeit erleben wir dies in den Debatten um die Abschaffung der Pauschalbesteuerung oder die Unternehmenssteuerreform III. Schon allein die Drohung mit einer Abwande-

lung von grossen Unternehmen oder reichen Privatpersonen bringt eine politische Mehrheit dazu, diesen Grosskonzernen und Milliardären weitgehende Privilegien anzubieten. Die demokratisch organisierte Politik lässt sich von privaten Kapitalinteressen diktieren, was sie darf und was nicht. Die Ohnmacht der Politik hat mit der Krise in Europa eine neue Spitze erreicht. Und das merken die Menschen. Im besseren Fall werden sie politikabstinent, im schlimmeren Fall versucht man den Kontrollverlust anderswo zu kompensieren. Das äussert sich in demokratischen Tobsuchtsanfällen gegen die vermeintliche Bedrohung von Selbstbestim-

Fast ein Drittel aller Multimillionäre hat sein Vermögen allein durch Erbschaft gemacht.

mung, Souveränität und Identität im Inneren (Ausländer, Muslime, Sozialhilfebezügler) und auch gegen aussen, wie wir es am 9. Februar dieses Jahres erlebt haben.

Der Leserlichkeit halber wurden im Text die Fussnoten mit den Quellenangaben weggelassen. Eine Version des Textes mit Angabe sämtlicher Quellen findet sich auf der Website www.cedricwermuth.ch/ungleichheit-links



Cédric Wermuth
ist Nationalrat AG

DIE ERBSCHAFTSSTEUER-INITIATIVE

Nach dem Ständerat hat in der Dezember-Session auch der Nationalrat die Initiative «Millionen-Erbschaften besteuern für unsere AHV (Erbschaftssteuerreform)» abgelehnt, sodass diese vermutlich am 14. Juni 2015 zur Abstimmung kommt. Die SP engagiert sich im überparteilichen Komitee für die Initiative.

Die Initiative in Kürze

■ Besteuert wird der Nachlass von natürlichen Personen, die ihren letzten Wohnsitz in der Schweiz hatten oder bei denen der Erbgang

in der Schweiz eröffnet worden ist. Die Schenkungssteuer wird beim Schenkgeber erhoben.

■ Für Erbschaften gilt ein Freibetrag von 2 Millionen Franken (Verheiratete: 4 Millionen), bei Gelegenheitsgeschenken von 20 000 Franken pro Jahr und beschenkte Person. Besteuert wird also nur der Teil, der über diesen Beträgen liegt.

■ Die Steuer wird mit einem einheitlichen Satz von 20 Prozent ausgestaltet.

■ Zuwendungen an Ehepartner/registrierte Partner sowie an steuerbefreite juristische Personen sind steuerfrei.

■ Gehört zum Nachlass oder zur Schenkung ein Unternehmen oder ein Landwirtschaftsbetrieb, werden bei der Bewertung und beim Steuersatz erhebliche Erleichterungen gewährt, um deren Bestand und die Arbeitsplätze nicht zu gefährden.

■ Die Kompetenz, Erbschafts- und Schenkungssteuern zu erheben, geht von den Kantonen auf den Bund über. Die Kantone erhalten $\frac{1}{3}$ des Ertrages.

■ $\frac{2}{3}$ der Steuereinnahmen gehen zweckgebunden an die AHV.

STANDPUNKT



Leyla Gül
Co-Generalsekretärin
der SP Schweiz

33 Jahre später

Kürzlich traf ich an einem Geburtstagsfest eine alte Freundin wieder. Wir hatten uns seit einer Ewigkeit nicht mehr gesehen und waren innert kurzer Zeit ins Gespräch vertieft. Sie erzählte mir, dass sie seit einiger Zeit nicht mehr arbeite. Es sei zwar merkwürdig, doch sie habe seither viel weniger Stress mit ihrem Partner und den Kindern. Ich verstand genau, was sie meinte. Ich weiss, was es bedeutet, zwei ganz unterschiedliche Sonnensysteme – Beruf und Familie – zu vereinbaren; wie es sich anfühlt, wenn sich Berufliches und Privates vermischt. Und dass ich sie verstehe, macht die Sache nicht gerade einfacher.

Arbeit ist ein bestimmendes Element unseres Lebens. Sie prägt mich und ich präge sie. Neben der nicht unwesentlichen Tatsache, dass ich durch die Arbeit meinen Lebensunterhalt bestreiten kann, leiste ich meinen Beitrag, finde Herausforderungen und treffe auf Menschen, denen ich sonst nicht begegnet wäre. Im besten Fall finde ich Befriedigung und Wertschätzung. Wenn ich ein Mann bin, ist die Wahrscheinlichkeit, dass ich Wertschätzung bekomme – zumindest, soweit sie sich finanziell ausdrückt – rund 20 Prozent grösser. 40 Prozent dieser Differenz basieren auf diskriminierendem Verhalten.

Seit 33 Jahren ist der Grundsatz gleicher Lohn für gleiche Arbeit in der Verfassung festgeschrieben. Seit 33 Jahren wird er ignoriert. Seit 33 Jahren wird uns gesagt, dass der Markt schon richten werde, dass freiwillige Massnahmen genügen. Und wagt man/frau sich heute – nach dem Scheitern jedweder freiwilligen Massnahme in diesem Bereich – über staatliche Massnahmen gegen Lohndiskriminierung nachzudenken, wird das Schreckgespenst der Lohnpolizei an die Wand gemalt. Was ich nicht begreife: Was soll daran so schlimm sein, schlimmer als eine 33 Jahre dauernde, tägliche Diskriminierung der Hälfte der Bevölkerung?

Wer weiss: Vielleicht hätte S. weniger Stress gehabt, wenn sie mehr verdient hätte. Sie oder ihr Ehemann hätten weniger arbeiten müssen und Beruf und Familie ergo besser vereinbaren können. Das ist Spekulation. Tatsache ist: Ich kenne niemanden, der oder die es gut findet, dass Frauen weniger verdienen als Männer. Bis weit ins bürgerliche Lager hinein finden das alle ungerecht. Nur: Wenn es niemand gut findet, warum ändern wir es nicht?

Effizientes Mittel gegen Altersarmut

Zunehmend geraten die Ergänzungsleistungen ins Visier bürgerlicher Sparpolitik. Die SP60+ verteidigt sie in einer Resolution: Ältere Menschen, die als Erwerbstätige wenig verdient und deshalb oder wegen Beitragslücken viel zu tiefe Renten haben, brauchen sie für ein Leben ohne Existenzängste.

Die Ergänzungsleistungen (EL) zur AHV/IV gibt es in der Schweiz seit 1966. Sie sind der gesetzlich zugesicherte wirksame Beitrag gegen die Alters- und Behindertenarmut. Solange das Verfassungsziel existenzsichernder AHV-Renten nicht erfüllt ist, sind sie unverzichtbar. Die EL sind ausschliesslich mit Steuern finanziert. Der seit 2008 geltende neue Finanzausgleich regelt, wie Bund und Kantone die anfallenden Kosten teilen. Seither ist der individuelle EL-Beitrag für Heimbewohnerinnen und -bewohner nicht mehr begrenzt und bleibt damit alten Pflegebedürftigen der unwürdige Gang zur Sozialhilfe erspart. Die EL haben für diese Menschen die willkommene Funktion einer solidarischen Pflegeversicherung übernommen. Nicht überraschend sind die Pflegekostenanteile der EL gestiegen und werden deshalb zunehmend zum Ziel rücksichtsloser Sozialabbau-Forderungen der Bürgerlichen. Sie behaupten, die Pflege der alten Kranken belaste die EL unverhältnismässig, und verkennen dabei, dass dies mit den Gesetzen zum Finanzausgleich und zur Pflegefinanzierung so gewollt war, weil es sozialpolitisch sinnvoll und finanziell effizient ist. In der an ihrem Herbstanlass verabschiedeten Resolution warnt die SP 60+ deshalb: «Es droht Staats- und Sozialabbau zu Lasten der einkommensschwächsten Teile der Bevölkerung. Für die SP60+ ist dies nicht akzeptabel und sie wird sich entschieden dagegen wehren. Es ist unerträglich, die ältere Bevölkerung für steigende EL-Kosten und deren Ursachen zur Kasse zu bitten.»

Nein zur privaten Pflegeversicherung

Einseitig zur Kasse bitten würde vor allem auch eine von der wirtschaftsnahen Denkfabrik Avenir Suisse als Ersatz der bewährten EL-Pflegefinanzierung propagierte private Pflegeversicherung. Sie würde nämlich nur von Leuten über 50 finanziert. Die SP60+ wendet sich klar gegen diesen Tausch: «Eine solche Profitmaschine der Versicherungsindustrie brauchen wir nicht. Ebenso wenig ein so neu geschaffenes unübersichtliches Koordinationsproblem bei den Sozialversicherungen.» Und weiter:

«Mit der erhöhten Pflegebedürftigkeit im hohen Alter steigen die Pflegekosten in den Altersheimen und sind mangels ausreichender Renten unbezahlbar. Es ist ein Akt der sozialen Verantwortung, dass die EL diese Kosten wo nötig auch decken.»

Die Renten sind zu tief

Niemand soll sich in der Schweiz dafür entschuldigen müssen, alt und krank zu sein. Eine Revision des seit Jahrzehnten bewährten Systems der EL zu AHV und IV darf die Armutsrisiken in unserem Land nicht erhöhen. Die EL-Kosten steigen nicht nur wegen mehr pflegebedürftiger alter Menschen, sie steigen vor allem auch, weil es mehr arme Rentnerin-

Niemand soll sich in der Schweiz dafür entschuldigen müssen, alt und krank zu sein.

nen und Rentner gibt. Die Renten sind zu tief. Wer erwerbstätig wenig verdient, hat auch im Alter ein tiefes Einkommen. Dies betrifft insbesondere Frauen, die wegen tieferer Löhne und Teilzeitarbeit auch schlechtere Renten haben. 50 Prozent der Heimbewohnerinnen und Heimbewohner sind heute auf die gesetzlich geregelte Unterstützung der EL angewiesen, welche die Lücke schliessen, die zwischen der zu kleinen Rente und den steigenden Kosten klafft. Wachsende Ergänzungsleistungen sind nicht stossend, sondern Ausdruck einer sehr effizienten und letztlich kostensparenden sozialen Errungenschaft. Daran darf nicht gerüttelt werden.

Die Resolution «Ergänzungsleistungen gegen Altersarmut sind unverzichtbar – besonders auch bei den Pflegekosten» findet sich auf der Website der SP60+: www.sp60plus.ch



Rolf Zimmermann ist Vorstandsmitglied der SP 60+ und war Leitender Sekretär beim Schweizer Gewerkschaftsbund SGB

DIE SP UND DIE VOLKSABSTIMMUNGEN

4 Mythen im Reality-Check

Alle drei Volksinitiativen, über die wir am 30. November abgestimmt haben, wurden abgelehnt. So weit, so normal – Volksinitiativen finden nur in aussergewöhnlichen Konstellationen eine Mehrheit. Trotzdem wird man das Gefühl nicht los, dass linke Initiativen kritischer beurteilt werden als rechte. Und dass manche Medien auf Teufel komm raus eine Serie linker Niederlagen herbeischreiben wollen. Zeit, ein paar Fakten auf den Tisch zu legen.

Rund um Volksabstimmungen sind in den letzten Monaten immer wieder vier Mythen aufgetaucht. Mythen, die mit der Wirklichkeit nicht viel zu tun haben, wie eine Analyse der Abstimmungen der laufenden Legislatur zeigt.

Mythos 1 Die SP verliert Volksabstimmungen in Serie.

Die Fakten: Von den vier grossen Parteien startet die SP als einzige linke Partei naturgemäss meist aus einer Minderheiten-Position. Trotzdem hat die SP im Alleingang vier Abstimmungen gewonnen, mehr als alle anderen Parteien. Im Verbund mit einer weiteren grossen Partei hat die SP nochmals fünf Abstimmungen ge-

wonnen. Auch das schafft keine andere Partei. Und dabei handelte es sich nicht etwa um unbedeutende Nebenschauplätze. Nein, unter den gewonnenen Urnengängen finden sich: Das Nein zum Gripen, die Abzocker-Initiative, das Raumplanungsgesetz, die Zweitwohnungsinitiative, Managed Care sowie gleich drei abgelehnte Bauspar-Initiativen.

Fazit: Keine andere Partei hat aus einer Minderheiten-Konstellation heraus mehr Abstimmungen gewonnen als die SP.

Mythos 2 Die SP schadet sich mit ihren Initiativen selbst.

Die Fakten: Selbst wenn sie gescheitert sind, haben die Initiativen aus dem linken Lager etwas bewirkt. Ohne Initiative für eine öffentliche Krankenkasse gäbe es weder ein Aufsichtsgesetz für die Kassen noch einen verbesserten Risikoausgleich. Ohne Pauschalsteuer-Initiative hätte das Parlament die minimale Bemessungsgrundlage für Pauschalbesteuerte nicht auf 400 000 Franken erhöht. Ohne Mindestlohn-Initiative hätten Aldi, Lidl etc. ihre Löhne nicht auf 4000 Franken angehoben. Und ohne

1:12-Initiative würden Manager heute noch Millionensaläre beziehen, ohne dafür öffentlich kritisiert zu werden.

Fazit: In der Realität haben die (verlorenen) linken Initiativen mehr bewirkt als manche (gewonnene) rechte Initiative.

Mythos 3 Die SVP ist die Partei, die Abstimmungen gewinnt.

Die Fakten: Keine grosse Partei hat seit Beginn der Legislatur öfters verloren als die SVP. Sie hat nur 18 Abstimmungen gewonnen, die SP hingegen 21. Dass die Mitteparteien CVP und FDP mit 24 Erfolgen am besten dastehen, ist wenig überraschend.

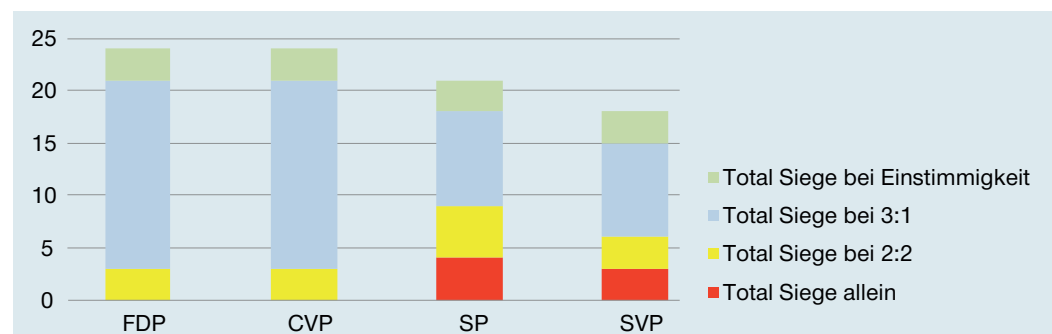
Fazit: Von den so genannten Polparteien hat die SP mit 21 gewonnenen Abstimmungen die deutlich bessere Bilanz.

Mythos 4 Die Wirtschaftspolitik der SP ist nicht erfolgreich.

Die Fakten: Es gab 11 wirtschafts- und finanzpolitische Abstimmungen in der laufenden Legislatur. Bei 7 hat die SP gewonnen, nur 4 hat sie verloren. Und was es ebenfalls zu beachten gilt: Wirtschaftspolitische Initiativen – egal ob von links oder rechts – haben es generell sehr schwer, eine Mehrheit zu finden. In der laufenden Legislatur war genau eine wirtschaftspolitische Initiative erfolgreich, nämlich die von der SP unterstützte Abzocker-Initiative von Ständerat Thomas Minder.

Fazit: Wirtschaftspolitische Anliegen haben es generell schwer. Die einzige Ausnahme war die von der SP mitunterstützte Abzocker-Initiative.

ABSTIMMUNGSERFOLGE DER GROSSEN PARTEIEN SEIT 2012



WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITISCHE ABSTIMMUNGEN SEIT 2012

| Abstimmung | Initianten | Allianzen |
|---|-------------|--------------------|
| Bauspar-Initiative 1 | HEV | SP alleine |
| Bauspar-Initiative 2 | HEV | SP mit CVP |
| «Sicheres Wohnen im Alter» (Bausparen 3) | HEV | SP mit CVP und FDP |
| Abzocker-Initiative | Minder | SP alleine |
| 1:12 | Juso | SP alleine |
| Familieninitiative: Steuerabzüge für Eigenbetreuung | SVP | SP mit FDP |
| Vignette: Strassenfinanzierung | Referendum | SP mit CVP und FDP |
| Fabi | Referendum | SP mit CVP und FDP |
| Mindestlöhne | SGB | SP alleine |
| Gastro | Gastrouisse | SP mit FDP |
| Pauschalsteuer | AL und SP | SP alleine |

■ gewonnen ■ verloren ■ Freigabe

Mögen sich die Medien an ihre Mythen klammern. Die Stimmenden dagegen wissen die Politik der SP zu schätzen. So haben die Wählerinnen und Wähler beim letzten GfS-Politbarometer die SP als die kompetenteste Partei in Wirtschaftsfragen eingestuft. Das ist eine erfreuliche Premiere. Und vor allem zeigt es, dass der Kampf der SP für einen Ausweg aus der Bankgeheimnis-Sackgasse, für faire Löhne oben wie unten, für eine aktive Geldpolitik zum Nutzen der Bevölkerung, für mehr Kaufkraft und für eine gerechtere Verteilung von Einkommen und Vermögen von den Wählerinnen und Wählern mitgetragen wird.



Michael Sorg ist Mediensprecher der SP Schweiz

Freiheit, Vielfalt und Gleichberechtigung!



Das Netzwerk «Rainbow Rose» kämpft gegen die homo- und transphoben politischen Bestrebungen in Europa. Mit dabei ist seit diesem Jahr auch die SP-Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität.

In den letzten Jahren hat die Anerkennung von LGBTI¹-Rechten in Europa erfreuliche Fortschritte gemacht. Heute ist die Ehe für gleichgeschlechtliche Paare in 10 europäischen Ländern eine Realität, die Stiefkindadoption in 14 und die Volladoption in 11. Dennoch oder gerade deswegen hat sich eine breite Gegenfront formiert, die mit allen Mitteln versucht, die Gleichstellung von LGBTI-Personen zu verhindern. Nach Ungarn und Kroatien besteht die Gefahr, dass auch in der Slowakei und in Mazedonien die Ehe als Lebensgemeinschaft zwischen Mann und Frau in der Verfassung verankert wird.

Homophobe Tendenzen in der Schweiz

Dieselbe Strategie verfolgt hierzulande die CVP, welche mit ihrer Initiative «Für Ehe und Familie – gegen Heiratsstrafe» die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare verhindern möchte. Die homophoben Tendenzen werden von der konservativ-kirchlichen Bewegung Manif pour tous gestärkt, die besonders in Frankreich mit Grossdemonstrationen gegen die Öffnung der Ehe viel Aufsehen erregte. Diese breit vernetzte und finanzstarke Organisation agiert grenzübergreifend und unterstützt verschiedene homo- und transfeindliche Bestrebungen, aktuell den Wahlkampf von Nicolas Sarkozy, der im Gegenzug angekündigt hat, die Öffnung der Ehe in Frankreich wieder rückgängig zu machen. Auch in der Schweiz finden sich Anhängerinnen und Anhänger dieser Organisation, sie haben sich im Rahmen der Abtreibungsinitiative stark gemacht und setzen sich aktuell gegen die Sexualaufklärung an Schulen ein.

Förderung der LGBTI-Rechte in Europa

Die homo- und transphoben politischen Bestrebungen in Europa und die daraus folgenden Gefahren für die LGBTI-Rechte waren denn auch Kernthema der diesjährigen Zusammenkunft in Madrid von «Rainbow Rose», der europäischen Vereinigung zur Förderung der LGBTI-Rechte in Europa. Die SP-Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität ist seit diesem Jahr Mitglied



«Rainbow Rose»-Delegierte mit Vorstand und Pedro Zerolo, Generalsekretär Soziales des PSOE (mit Blumenstrauss). Links davon «Rainbow Rose»-Präsident Aurelien Mazuy. Mitte Flagge: Carla Antonelli, PSOE's Regional MP of Madrid. Rechts von ihr Javier Moreno Sanchez, Secretary General of the S&D group in the EU.

dieses Netzwerks und ich habe die Gelegenheit ergriffen, erstmals an einer Zusammenkunft teilzunehmen. «Rainbow Rose» hat Mitglie-

Es braucht eine klare Positionierung aller europäischen sozialdemokratischen Parteien gegen homo- und transphobe Politik.

der in 18 europäischen Ländern und wurde 2006 offiziell als Teil der sozialdemokratischen Partei Europas anerkannt. Ziel ist es, LGBTI-Themen und -Initiativen innerhalb der sozialdemokratischen Parteien Europas und im Europarat zu fördern und die Gleichbehandlung aller europäischen Bürgerinnen und Bürger zu verwirklichen. Die Konferenz wurde im Hauptquartier der SP Spanien abgehalten, wo die damalige Regierung Zapatero unter anderem die historische Öffnung der Ehe in Spanien im Jahre 2005 beschlossen hat.

Gleichstellung ohne Grenzen

Neben dem Austausch über erfolgreiche politische Initiativen wurden auch gemeinsame

Strategien diskutiert. Man war sich einig, dass den aktuellen homo- und transphoben politischen Bewegungen in Europa nur mit vereinten Kräften und grenzübergreifenden Bestrebungen Einhalt geboten werden kann. Weiter wurde deutlich, dass es eine klare Positionierung aller europäischen sozialdemokratischen Parteien gegen homo- und transphobe Politik und für die Gleichstellung und Gleichbehandlung von LGBTI-Menschen braucht.

In der Hoffnung, dass EU-Grundwerte wie Freiheit, Vielfalt und Gleichberechtigung nicht nur Parteilogans und Worthülsen sind, bin ich gestärkt und inspiriert vom – in Bezug auf LGBTI-Rechte – fortschrittlichen Spanien in die entwicklungsbedürftige Schweiz zurückgekehrt. Die Debatte rund um die CVP-Initiative «Für Ehe und Familie – gegen Heiratsstrafe» sowie die Gesetzesänderung im Rahmen des Adoptionsrechts bieten eine wichtige Gelegenheit zur Positionierung für LGBTI-Rechte.



Maria von Känel ist Mitglied der SP-Fachkommission Sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität

¹LGBTI (lesbian, gay, bisexual, trans*, intersex)



Freiwillig engagiert – top qualifiziert

Sicher kennen viele von euch diese Situation: Du suchst eine Stelle und findest nach langer Zeit endlich ein spannendes Inserat zu dem Themenbereich, den du dir so sehr wünschst – und dann das: «Sie beherrschen das ABC der koordinativen und administrativen Projektführung und sind der/die ideale Sparringpartner/in des Projektleiters bei der Entwicklung von Strategien. Sie haben Führungserfahrung, sind aufgeschlossen, selbstständig und haben eine gewinnende Persönlichkeit. (...)»

Dann denkst du erst mal: «Mist! Ich habe weder Erfahrung in Projektmanagement noch in Führungsfunktionen.» Aber bist du dir da so sicher? Immerhin bist du Mitglied der SP Basel-Stadt und hast dich vielleicht das

eine oder andere Mal schon freiwillig nützlich gemacht. Nur weil dein Engagement für die Partei unentgeltlich ist, bedeutet das nicht, dass es dadurch nichts wert ist – im Gegenteil! Du kannst Führungserfahrung nachweisen, wenn du beispielsweise Präsidentin oder Co-Präsident eines QV oder einer Sach-

Nur weil dein Engagement für die Partei unentgeltlich ist, bedeutet das nicht, dass es dadurch nichts wert ist – im Gegenteil!

gruppe bist. Du kannst Erfahrung in Projektmanagement nachweisen, wenn du schon mal eine Veranstaltung organisiert, in einem Wahlkampfteam mitgearbeitet oder eine Aktion umgesetzt hast. Verantwortungsbewusstsein beweist du als Verantwortliche/r für die Mitgliederbetreuung deines QV, aber auch mit deiner regelmässigen Präsenz an den Delegiertenversammlungen und/oder an Standaktionen. Nur dank deiner offenen und gewinnenden Persönlichkeit sammelst du so viele Unterschriften und mobilisierst andere für eine gute Sache.

Die SP Basel-Stadt ist seit einiger Zeit daran, im Rahmen des Grossprojekts «Kultur des Förderns» verschiedene Angebote zu ent-

wickeln, um ihre Mitglieder gezielt zu fördern und Wertschätzung gegenüber geleisteter Arbeit zu zeigen. Aus diesem Grund bietet dir die Partei nun auch die Möglichkeit, deinen Arbeitseinsatz, den du über dein Amt oder Mandat geleistet hast, bestätigen zu lassen. Wenn du also für ein Bewerbungsverfahren gerne eine Arbeitsbestätigung, ein Empfehlungsschreiben oder eine Referenz hättest, kannst du dich beim Sekretariat melden. Voraussetzung ist, dass du bereits eine kleine Vorarbeit geleistet hast, indem du schriftlich Folgendes festhältst:

- Deine Angaben (Vor- und Nachnamen, Geburtsdatum, Adresse)
- Tätigkeiten/Leistungen in der Partei (von wann bis wann, in welchem Kontext)
- Referenz (Person, die deine Leistungen bestätigt)

Diese Angaben schickst du an: sekretariat@sp-bs.ch – aber Achtung! Das Sekretariat kann nicht zaubern. Deshalb bitten wir dich, die Anfrage rechtzeitig zu schicken. Die Bearbeitung nimmt mindestens drei Wochen in Anspruch.

Beispiele für Tätigkeiten und Eigenschaften, die du in der Partei vielleicht schon unter Beweis gestellt hast:

- Projekt-/Eventmanagement
- Kampagnenarbeit
- Öffentlichkeitsarbeit/Kommunikation
- Finanzen
- Teamfähigkeit/Sozialkompetenz
- Verantwortungsbewusstsein
- Überzeugungs-/Begeisterungsfähigkeit

Sonja Roest
Mitglied Arbeitsgruppe Kultur
des Förderns SP BS



SP-KANTONALPRÄSIDENTIN URSULA MARTI IM INTERVIEW

«Ich will zu den Sektionen hingehen»

Die neue Parteipräsidentin Ursula Marti setzt in ihrer politischen Arbeit auf Kompromisse. Entwickelt sich aber ein Geschäft in die falsche Richtung, ist sie bereit, Druck aufzubauen, auch mittels Volksrechten. Die Partei will sie vor allem gegen innen stärken. Interview: Oliver Lüthi



Iris Andermatt

«An Kompromissen zu feilen, ist für mich Kern der politischen Arbeit.»

Liebe Ursula, was prädestiniert dich für die Rolle als Präsidentin der SP Kanton Bern?

Das Amt kommt für mich im richtigen Moment. Ich verspüre Lust und Energie, eine neue Herausforderung anzunehmen. Der Bauch hat deshalb sehr schnell Ja gesagt zu dieser neuen Aufgabe. Meine grosse Motivation und Freude am Politisieren, aber auch meine langjährige Erfahrung von der Basisarbeit in der Sektion bis hin zum Stadtratspräsidium sind gute Voraussetzungen für das Amt.

Du giltst als Politikerin, die gerne Kompromisse sucht, wenn sie der Sache dienen. Wie willst du diese in einem bürgerlich dominierten Kanton erreichen?

Ich mache mir keine Illusionen: Politische Mehrheiten zu finden ist bei vielen Geschäften schwierig bis unmöglich. Insbesondere

bei Themen, wo das klassische Links-rechts-Schema spielt, etwa bei Finanz- und Steuerfragen. Bei Anliegen, die nicht so ideologiebehaftet sind, lohnt es sich aber, nach gemeinsamen Interessen zu suchen.

Hast du ein Beispiel?

Ich kämpfe seit jeher für die familienergänzende Kinderbetreuung (FEB). Mir gehts dabei um Gleichstellung und ein modernes Familienbild sowie um Integrationsfragen. Ein bürgerlicher Gemeindevertreter unterstützt das Anliegen vielleicht auch, aber aus anderen Gründen. Er sieht die FEB als Standortfaktor und möchte, dass der Kanton seine Gemeinde finanziell entlastet bei der Bereitstellung der Angebote.

Dass parteiübergreifende Mehrheiten möglich sind, zeigt dein kürzlich überwiesener Vorstoss zur Ferienbetreuung der Schulkinder.

Ja. Der Vorstoss verlangt die Prüfung einer finanziellen Unterstützung der Gemeinden für die Ferienbetreuung. Er wurde in der Novem-

«Der Bauch hat sehr schnell Ja gesagt zur neuen Aufgabe als Präsidentin.»

ber-Session des Grossen Rates mit Stimmen von FDP, BDP und sogar eines SVP-Vertreters angenommen. Mehrheiten zu suchen und so lange an Kompromissen zu feilen, bis man eine gangbare Lösung hat, ist für mich der

und hören, was ihre Anliegen sind»

Kern der politischen Arbeit. Aber das funktioniert längst nicht immer. Manchmal braucht es auch Druck. Wenn etwa die Bürgerlichen im Grossen Rat politisches Powerplay spielen und knallhart die Krankenkassenprämienverbilligungen per Gesetzesänderung wegstreichen wollen, müssen wir das Referendum ergreifen.

Kaum im Amt, stehen schon die Nationalratswahlen vor der Tür. Ein ziemlich steiler Einstieg für dich?

Ja, aber das gefällt mir. Die Prioritäten sind damit klar gesetzt. Das gemeinsame Projekt Nationalratswahlen 2015 bewirkt eine aktive und umtriebige Stimmung in der Partei. Und in der Öffentlichkeit steigt das Interesse an der Politik, das spornt uns alle zusätzlich an.

Der Kanton Bern verliert 2015 einen Nationalratsplatz. Trotzdem ist es unser Ziel, die 6 Sitze in der Grossen Kammer zu halten. Wie soll das gelingen?

Mit motivierten und bekannten Kandidatinnen und Kandidaten, einer separaten frankophonen Liste – ein Novum! – und einer Kampagne, welche stark auf eine flächendeckende Mobilisierung setzt. Das Wichtigste ist für mich jedoch, die SP richtig zu positionieren: Wir müssen als verlässliche politische Kraft wahrgenommen werden, die vernünftige Lösungen anbietet und konsequent für die Interessen aller, insbesondere auch der Schwächeren, eintritt.

Aus welchen Eckpfeilern wird die SP-Kampagne sonst noch bestehen?

Wir werden auch auf die klassischen Werbe- und Medienkanäle setzen. Dann spielt Social Media eine immer grössere Rolle. Wichtig sind auch die konkreten Themen. Sie sollen nahe an den aktuellen Bedürfnissen und Sorgen der Bevölkerung sein: Faire Löhne und Renten, genügend Wohnraum durch innere Verdichtung, gute Bildungs-, Gesundheits- und ÖV-Angebote und die soziale Absicherung.

Soll die Wahlkampagne auch dazu dienen, die Partei gegen innen zu stärken? Letzteres ist ja ein explizites Ziel von dir.

Auch. Allerdings gehört für mich dazu noch viel mehr. Ich will zu den Sektionen hingehen und hören, was ihre Anliegen und Ideen sind. Diese möchte ich in einer ersten Phase einfach mal sammeln, um dann daraus in einem zweiten Schritt Neues zu entwickeln. Die Sektionen sollen wissen, dass sie ein wichtiger Teil der Gesamtpartei sind. Ohne sie geht gar nichts.

Ich möchte sie mit der Kantonalpartei und untereinander stärker vernetzen, ihnen Rückhalt geben, sie motivieren und einbinden und ihnen mit passenden Dienstleistungen des SP-Sekretariats die politische Arbeit erleichtern.

Du wohnst in der Stadt Bern und bist vor allem über dein Amt als Stadträtin bekannt geworden. Besteht nicht die

Gefahr, dass du von unserer Basis auf dem Land als reine Stadt-Vertreterin gesehen wirst? Ich bin in Aarberg aufgewachsen und habe durchaus ein Gespür dafür, was ausserhalb der Stadt Bern geschieht. Ein Ziel von mir ist, den rot-grünen Schwung der Stadt aufs Land mitzunehmen. Ich habe aber grosses Verständnis für die unterschiedlichen Realitäten

in den verschiedenen Regionen des Kantons. Ich glaube hingegen nicht, dass der Stadt-Land-Graben so gross und unüberbrückbar ist, wie man immer sagt. Es sind viele Veränderun-

«Ich habe durchaus ein Gespür dafür, was ausserhalb der Stadt Bern geschieht.»

gen im Gange. Unsere Mobilität wird immer grösser. Viele Leute wohnen auf dem Land und arbeiten in der Stadt. Die neuen Wohnsiedlungen in der Agglo und der Stadt unterscheiden sich kaum mehr. Die Lebensstile nähern sich an, die Grenzen verschwimmen. Auch die neuen Kommunikationsmittel haben dazu geführt, Distanzen zu verringern.



Die 48jährige Ursula Marti ist seit November 2014 neue Präsidentin der SP Kanton Bern.



ROTE FEDER

Rot sein

Unsere Partei verfügt nicht über Medien und Finanzmittel, mit deren Hilfe sie breit und andauernd Meinungsbildung in gros-



sem Stil betreiben kann. In diesem Bereich hinken wir den bürgerlichen Parteien stets hinterher und werden dies auch inskünftig tun.

Das ist keine fruchtlose Klage, sondern eine seit über hundert

Jahren zutreffende, nüchterne Feststellung. Und daraus ist die banale, aber richtige Folgerung zu ziehen: Die Mittel nutzen, die uns zur Verfügung stehen! Es gibt deren doch einige:

- Wir können uns im Familien- und Bekanntenkreis, als Mitglieder von Vereinen, als VerfasserInnen von Leserbriefen, an Gemeindeversammlungen und in Parlamenten für unsere Ideen stark machen.

- Wir können uns aktiv an öffentlichen Veranstaltungen, Strassen- und Briefkastenaktionen unserer Parteisektion beteiligen.

- Wir können an Schulungsveranstaltungen unserer Partei oder des Bildungsinstituts movendo teilnehmen, um uns mit Kenntnissen, Argumenten und Fähigkeiten besser zu rüsten.

- Wir können uns unter GenossInnen austauschen und voneinander lernen.

- Wir können dank guten Erlebnissen und Ergebnissen dazu gelangen, uns selber zu vertrauen.

- Und nicht zuletzt: Wir können unser Leben so führen, dass wir als SozialistInnen glaubwürdig wirken, kurz: dass wir tatsächlich Rote sind.

Wenn wir jetzt die sechs oben erwähnten «können» auch als «dürfen» und nicht zuletzt als «müssen» begreifen, gelangen wir auf den rechten Weg, nämlich auf den linken. Wünschen wir uns, dass uns dies immer oder – bescheidener – wenigstens beinahe immer gelingt!

Und noch etwas ganz Wichtiges: Wir können erfahren, dass Parteiaktivitäten und «rot sein» nicht nur Arbeit, sondern auch Vergnügen bedeuten können, wenn wir zum Beispiel einen Abstimmungs- oder Wahlsieg feiern dürfen, eine gelungene Veranstaltung zustande bringen, uns zusätzliches Wissen erwerben oder neue Bekannte und FreundInnen gewinnen.

Renat Beck, SP Bümpliz/Bethlehem

Merci vielmal, Angelika!

*Wir haben keine andre Zeit als diese
Die uns betrügt mit halbgefüllter Schale.
Wir müssen trinken, denn zum zweiten Male
Füllte sie sich nicht – vor unserm Paradiese
Mascha Kaléko*

Angelika Neuhaus verlässt das Sekretariat der SP Kanton Bern nach 15 Jahren – und geht in den vorzeitigen Ruhestand. Mit ihr verlieren wir eine perfekte Parteisekretärin. Irene Marti sagt dazu: «Angelika ist eine Persönlichkeit, bei welcher Fachkompetenz, Professionalität und Menschlichkeit alle in einem derart hohen Mass vertreten sind, wie ich es fast noch bei keinem Menschen erlebt habe.»

Am Anfang dieses Beitrags steht ein Ausschnitt eines Gedichts, dies aus zwei Gründen:

1. Wer in der SP politisiert, erlebt Niederlagen. Wir haben die besseren Ideen, die besseren Argumente – und setzen uns trotzdem nur selten durch. Angelika macht unbeirrt weiter, tröstet, motiviert und hilft neue Ideen zu entwickeln. Sie nimmt alle, wie sie sind. Nadine Masshardt meint: «Angelika setzte sich immer auch für die Jungen ein. Sie hatte stets ein offenes Ohr und unterstützte uns mit ihrem Knowhow und ihrem grossen politischen «Gschpüri.»

2. Mascha Kaléko schrieb «Gebrauchsliryk», Angelika macht «Gebrauchspolitik». Ursula Zybach sagt: «Angelika kennt fast alle Mitglieder. Sie kennt die Geschichte der SP Kanton Bern und weiss, weshalb man damals ja oder nein oder jein entschieden hat. Angelika ist der ruhende Pol, hat den Überblick und ermahnt uns manchmal auch ganz sanft, wenn wir abheben.» Sie behält bei unzähligen Themen den Überblick, sorgt dafür, dass sich die vielen

Fäden nicht verheddern. Sie plant das Übernächste und bringt doch das Heutige noch zu Ende. Sie kann als Profi mit vielbeschäftigten Freiwilligen umgehen, sanft mahnen, wenn Versprochenes nicht rechtzeitig eintrifft, Sitzungen ohne Vorwürfe verschieben und doch alle dazu bringen, dass sie das, was sie versprochen haben, tatsächlich tun – und dies mit Freude.

Angelika, nicht rot werden, es stimmt! Es war toll, mit dir arbeiten zu dürfen. Deine Menschlichkeit und deine Herzlichkeit sind uns ein grosses Vorbild.

Merci vielmal!

Barbara Stalder Ritschard

MITGLIEDERWERBUNG

Mitglieder gesucht

Bist du ein Kreativkopf und motiviert, mit neuen Ideen unsere Mitgliederwerbung aufzufrischen?

Bist du überzeugt von den Zielen unserer Partei und bereit, diese gegen aussen zu vertreten?

Debattierst du gerne über politische Themen und fällt es dir leicht, andere von deiner Meinung zu überzeugen?

Im Rahmen ihrer Anstrengungen im Bereich Mitgliederwerbung ruft die SP Kanton Bern eine Arbeitsgruppe ins Leben. Deren Aufgabe ist es, Ideen für die Mitgliederwerbung zu entwickeln und umzusetzen.

Interessierte melden sich beim Kampagnenverantwortlichen Oliver Lüthi, Tel. 031 370 07 80, oliver.luethi@spbe.ch.

AGENDA

Alle Termine:
www.spbe.ch/agenda

IMPRESSUM

Herausgeberin:
SP Kanton Bern
Postfach 1096, 3000 Bern 23
Telefon 031 370 07 80
links.be@spbe.ch

Adressänderungen: abo@spschweiz.ch

Spenden: PK 30-895-9
(SP Kanton Bern)

Redaktion: Oliver Lüthi

Redaktionsschluss nächste Ausgabe:
12. Januar 2015

ROTES BRETT

KOSTENLOS ALTERNATIVES KINO GENIESSEN

Das Kellerkino ist das erste und älteste unabhängige Kino der Schweiz. Seit seiner Gründung werden vor allem neue Filme gezeigt, die sonst kaum in die Kinos gelangen, insbesondere auch Schweizer Filme. Gegen Vorweisen der SP-Mitgliederkarte erhalten pro Vorstellung zwei Personen freien Eintritt. Das aktuelle Programm des Kellerkinos findet sich auf www.kinokunstmuseum.ch. Reservationen werden unter der Telefonnummer 031 311 38 05 entgegengenommen.

Das komplette Angebot an Kulturvergünstigungen der SP findet sich auf unserer Webseite, www.spbe.ch, unter der Rubrik «Mitglied werden».

Du und deine Sektion wollen auch eine Notiz am Roten Brett: links.be@spbe.ch


SOLIDAR
 SUISSE

Schweizerisches Arbeiterhilfswerk SAH

Andreas Schwelger



Ein Moskitonetz schützt Dorca Chizemo und ihre Kinder vor Ansteckung.

Malaria tötet

Viele Menschen in Moçambique sterben an Malaria. Solidar Suisse unterstützt Präventionsmassnahmen, um Ansteckungen zu verhindern.

Auf der Fahrt durch das ländliche Sussundenga in Zentralmoçambique sehen wir immer wieder Frauen und Männer, die apathisch vor sich hinstarrende Kinder auf dem Rücken tragen, die eigentlich zu gross dafür sind.

Beim nächsten Wanderer halten wir an. Seveni Dito ist mit seinem zwölfjährigen Sohn Inacio auf dem Weg zum Gesundheitszentrum des etwa zehn Kilometer entfernten Muninga. «Er hat wohl Malaria», erklärt Seveni Dito den Zustand seines Sohnes. Unser Angebot einer Mitfahrgelegenheit nimmt er gerne an. Der Malariatest ist positiv, und Inacio erhält ein Anti-Malaria-Mittel. 80 Prozent der Patientinnen und Patienten kommen wegen Malaria ins Muninga-Gesundheitszentrum. Es ist Regenzeit in Moçambique, und die Zahl der Malariafälle erreicht ihren Höhepunkt.

Lebensbedrohliche Infektion

Moçambique ist eines der am stärksten von Malaria betroffenen Länder südlich der Sahara, die Krankheit ist für 40 Prozent der Todesfälle bei Kindern unter fünf Jahren verantwortlich. Unhygienische sanitäre Einrichtungen und verschmutztes Trinkwasser tragen ihrerseits zur hohen Kindersterblichkeitsrate bei.

Später besuchen wir Joana Caitano, Mutter von vier Kindern, in ihrem Haus. Ihr vierjähriger Sohn Jose und ihre zweijährige Tochter Cecilia liegen regungslos auf einer fadenscheinigen Strohmatten am Boden. Trotz Verdacht auf Malaria hat Joana Caitano bis jetzt gezögert, sie ins Gesundheitszentrum in Muninga zu bringen. Neben dem weiten Weg schrecken sie die langen Wartezeiten: «Es geht jeweils sehr lange, bis wir endlich behandelt werden. Ich habe Angst, meine geschwächten Kinder dieser Belastung auszusetzen», meint sie.

Prävention ist möglich

Solidar Suisse engagiert sich mit Präventionsmassnahmen gegen Malaria. Mit Kampagnen, die übers Radio oder Antimalariakomitees ver-

breitet werden, wird die Bevölkerung darüber informiert, wie sie eine Ansteckung vermeiden kann: Sei es mit der Herstellung von Moskitoschutzmitteln aus lokalen Pflanzen oder Aufräumaktionen, um die Brutplätze der Mücken zu zerstören, dem Bau einfacher Latrinen oder Hygieneverbesserungs-Massnahmen. Ausserdem wurden an die 10000 Moskitonetze verteilt, speziell an schwangere Frauen und Mütter mit Neugeborenen.

Die 24-jährige Dorca Chizemo Roni erhielt eines der Netze. «Ich wurde einmal angesteckt und leide seither immer wieder unter Fieberschüben; meinen zwei Kindern kann ich dieses Schicksal dank den Moskitonetzen ersparen», sagt sie. «Ein Moskitonetz konnte ich mir nicht leisten, wie die meisten armen Leute hier.»

All diese Massnahmen haben dazu beigetragen, dass zwischen 2010 und 2012 die Neuinfektionen in der Projektregion um 22 Prozent zurückgingen. Doch Handlungsbedarf gibt es weiterhin, wie Dorca Chizemo Roni meint: «Das Netz hilft gegen die Ansteckung mit Malaria. Doch ich muss es mit meinem Ehemann und meinen Kindern teilen. Ein Moskitonetz für die ganze Familie ist nicht genug.»

Francisco Palma Saidane

JUBILÄUMSPENDE

Solidar Suisse engagiert sich seit 30 Jahren in Moçambique. Zu diesem Jubiläum freuen wir uns über jede Spende: Es braucht weitere Projekte, welche die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung verbessern.

www.solidar.ch, Postkonto 80-188-1

Der lange Weg der Schweiz in die UNO

Das Ja des Schweizer Volkes zum UNO-Beitritt fiel im zweiten Anlauf am 3. März 2002 relativ knapp aus: 54,6 Prozent der Stimmenden und 12 von 23 Ständen. Es war ein Ja der Vernunft und nicht der Begeisterung. Noch 1986 gab es eine wuchtige Verwerfung mit 75,7 Prozent Nein-Stimmen und Nein-Mehrheiten bei 20 der 23 Kantone. Das damalige Resultat erstaunt weiter nicht, schrieb doch ein so weltoffener Geist wie Friedrich Dürrenmatt damals: «Ich glaube, es war politisch klug, dass wir in die UNO nicht eingetreten sind; wir sind ja auf eine gewisse schweizerische Weise trotzdem drin, und so sollten wir auch jetzt nicht eintreten. Gerade durch unseren

Nichtbeitritt spielen wir trotzdem mit ...».

(...) Der Schreibende gehörte als Vizepräsident der Gesellschaft Schweiz-UNO zur rund 60-köpfigen Delegation, welche der Aufnahme der Schweiz als 190. Mitglied am Sitz der UNO in New York beiwohnen konnte. Der Aufnahmeakt für ein neues Mitglied erfolgt jeweils zu Beginn der ordentlichen Session der Generalversammlung, damals im September 2002. Weil sich tags danach gerade 9/11, also der «schwarze 11. September» mit den Terroranschlägen aufs World Trade Center in New York und aufs Pentagon in Washington jährte, lag eine bleierne Schwere über der Millionenstadt. Wir mussten

später für ein Jahr Präsident der UNO-Generalversammlung werden sollte, vertraten im grossen Plenum das Neumitglied Schweiz. Kaspar Villiger betonte in seiner in allen drei Landessprachen gehaltenen Ansprache, dass die Schweiz als neutraler Staat beitrete. Engagieren wolle man sich bei der Weiterentwicklung des Völkerrechts, der Entwicklungszusammenarbeit, bei friedenssichernden Aktivitäten, Umweltstandards und bei den Menschenrechten. Nach den offiziellen Reden im grossen Plenarsaal wurde im Beisein von Kofi Annan, mit dem auch wir «normale» Delegationsteilnehmer das Gespräch führen konnten, draussen vor dem Hauptgebäude bei einer steifen Brise die Schweizer Flagge aufgezogen. Man wähte sich ein Stück weit am Nabel der grossen Weltpolitik. Starkoch Anton Mosimann – ich ass mit ihm das Frühstück, denn er logierte im selben Hotel und erzählte in lockerer Art von seiner Bewirtung des englischen Königshauses – kochte darauf Rösti und andere Schweizer Spezialitäten. (...)

Der Textausschnitt stammt aus dem aktuellen Buch «Nah am Zeitgeschehen» von Silvio Bircher. Der Autor war während 30 Jahren aktiver Politiker für die SP (Nationalrat, Aargauer Regierungsrat).

Nah am Zeitgeschehen

Silvio Bircher



Nah am Zeitgeschehen, 224 S., 40 Bilder, Personenverzeichnis mit 370 Namen, Verlag Zofinger Tagblatt, Fr. 29.90

von unserem Hotel nur einige Parallelstrassen überqueren, um zum UNO-Hauptsitz am East River zu gelangen. Weil auch Präsident George W. Bush mit gleichem Ziel im Auto diesen Weg abfuhr, waren Dutzende von Strassen von Polizei und Barrikaden grossräumig abgeriegelt, so gross war die (berechtigte) Angst vor neuerlichen Attacken.

Bundespräsident Villiger und Aussenminister Joseph Deiss, der

ANZEIGE

WIDERSPRUCH

Beiträge zu
sozialistischer Politik

65

Europa, EU, Schweiz – Krise und Perspektiven

Migration, soziale Kämpfe; «Überbevölkerung» und Öko-Rassismus; rechtsnationale Feindbilder, Populismus; Personenfreizügigkeit versus Kontingentierung; Wirtschaftsregierung und Geschlechterpolitik in der EU; Krisenmanagement; Europa sozial und gerecht

C. Bernardi, B. Glättli, P.-A. Niklaus, E. Piñeiro, B. Lochbihler, G. Bozzolini, V. Alleva, V. Pedrina, B. Allenbach, A. Rieger, E. Klatzer, C. Schlager, H.-J. Bieling, F.O. Wolf, R. Herzog, L. Mayer

Diskussion

H. Schäppi: Rolle der Schweiz im Ersten Weltkrieg
U. Marti-Brander: Politische Philosophie in der Krise?
S. Howald: Stuart Hall, Mitbegründer der Cultural Studies
P. Casula: «Populismus» bei Ernesto Laclau

Marginalien / Rezensionen

33. Jg. / 2. Halbjahr 2014

Fr. 25.– / € 18.–

224 Seiten, Fr. 25.– (Abonnement Fr. 40.–) zu beziehen im Buchhandel oder bei
vertrieb@widerspruch.ch www.widerspruch.ch

ANZEIGE

**OIKO
CREDIT**

Seit 35 Jahren unterstützt
Oikocredit benachteiligte
Menschen mit fairen Darlehen.

Helfen auch Sie mit, indem
Sie Anteilscheine von
Oikocredit zeichnen.

Legen Sie Ihr Geld sozial
verantwortlich und nachhaltig
bei Oikocredit an.

www.oikocredit.ch
044 240 00 62





Schutz vor dem Verkehrskollaps

Der Alpenschutz soll aufgeweicht werden, im Binnenverkehr wird Wettbewerb propagiert und am Gotthard droht eine zweite Röhre. Die Umsetzung der Verlagerungspolitik gestaltet sich schwierig, 2015 können aber Korrekturen angebracht werden.

Seit 1994 (!) steht in der Verfassung: «Der alpenquerende Gütertransportverkehr von Grenze zu Grenze erfolgt auf der Schiene.» Die Umsetzung gestaltet sich aber schwierig: Anstelle der gesetzlich erlaubten 650 000 alpenquerenden Lastwagen waren es 2013 über eine Million. Wer angesichts dessen ein neues Massnahmenpaket zur konkreten Umsetzung erwartet, sieht sich getäuscht: Vielmehr sollen die Ziele angepasst werden.

Schwierigkeiten gibt es aber auch beim Gütertransportgesetz: Anstelle einer Gesamtkonzeption mit «Massnahmen, wie der Schienenanteil am Gesamtaufkommen des Güterverkehrs (...) vergrössert werden kann» (Motion 10.3881 KVF-SR), bekennt sich der Bundesrat zur Selbstregulierung des Marktes, verkennt die Chancen von Fördermitteln und will gar die Gütertransportpflicht für die SBB streichen.

Meilensteine der Hoffnung

Die auf 2016 terminierte Eröffnung des Gotthard-Basistunnels, die beabsichtigte Inbetriebnahme des Ceneri-Basistunnels Ende 2019 und der 4-Meter-Korridor erhellen den «Verlagerungshorizont». Die 12-köpfige NEAT-Aufsichtsdelegation NAD, welche sich aus je zwei Delegierten der drei involvierten Stammkommissionen aus Stände- und Nationalrat zusammensetzt, sah sich mit einer grotesken

Situation konfrontiert: Beschwerden gegen die Vergabe von Bahntechnik-Aufträgen drohten das Jahrhundertwerk massiv zu verteuern und zu verzögern. Das Bundesgericht stoppte jedoch den Hindernislauf – die Gesetzgebung des öffentlichen Beschaffungswesens ist wieder traktandiert.

Zweite Gotthard-Strassenröhre

Der geplante Bau einer zweiten Gotthard-Strassenröhre sorgt für weiteres Ungemach. Ungeachtet der unverhältnismässigen Kosten folgte das Parlament dem Vorschlag des Bundesrates und will nicht nur den bestehenden Strassentunnel sanieren, sondern gleich noch einen zweiten bauen. Die erfolgreiche Sammlung der Referendumsunterschriften lässt hoffen, dass retro-orientierte Verkehrspolitik durch das Volk gemassregelt werden.

Gefahr durch Dumpinglöhne

Probleme schaffen die angeblich selbstständigen Lastwagenfahrer, welche zu Dumpingpreisen die Ware durch die Schweiz transportieren. Nicht selten reicht ihre «Entlohnung» kaum für den Treibstoff, was zu Diesel-Diebstahl auf Rastplätzen führt. Die prekären Arbeitsbedingungen haben dramatische Folgen für das soziale Umfeld der Fahrer in deren Heimat-

ländern. Die Abnahme der Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmenden ist die logische Konsequenz.

Anstelle der gesetzlich erlaubten 650 000 alpenquerenden Lastwagen waren es 2013 über eine Million.

Mobilität in Verantwortung für alle

Mobilität ist eine soziale Errungenschaft, die auch in Zukunft nicht nur einer Elite zugutekommen darf. Im kommenden Jahr können Korrekturen eingebracht werden: Das Gütertransportgesetz wird in der Frühlingssession behandelt und das Referendum zur zweiten Gotthard-Strassenröhre kommt vor das Volk. Der Schutz von Mensch, Natur und auch der Schutz vor der Gefahr eines Verkehrskollapses hat Priorität. Und vielleicht lässt sich auch noch das Verantwortungsbewusstsein bei unserem Umgang mit Mobilität ein wenig entwickeln ...



Philipp Hadorn, Nationalrat SO, ist Präsident der NEAT-Aufsichtsdelegation NAD, Mitglied der Finanzkommission und Sekretär der Gewerkschaft des Verkehrspersonals SEV.

Menschenrechte sind keine fremden Rechte

In der Schweiz hat eine sonderbare Diskussion eingesetzt. Es gibt Kräfte, die stellen Menschenrechte, also Grundrechte, die ja für jeden einzelnen Menschen auf unserer Kugel gelten sollten, als fremdes Recht dar. Das ist falsch. Denn die universellen Menschenrechte sind keine fremden Rechte, es sind unser aller Rechte. Der Wind gegen die Menschenrechte weht von rechts. Dies gipfelt in einer angekündigten Volksinitiative der SVP unter dem Schlachtruf «Schweizer Recht vor fremdem Recht». Das Volk soll mit einer populistischen Kampagne dazu verführt werden, nationales Recht über anerkanntes Völkerrecht zu stellen. Ziel ist die Legitimation, künftig einzelne Grund- und Menschenrechte infrage stellen zu können, um das eigene Parteiprogramm umsetzen zu können. Die Demokratie darf nicht zur Diktatur der Mehrheit werden, die sich über die Grundrechte des Einzelnen hinwegsetzt. Auch wenn man das Völkerrecht nur häppchenweise infrage stellt, sägt man letztlich an den Menschenrechten als Ganzes. Die Schweiz sollte besonders dafür sensibilisiert sein und bleiben, dass eine Schwächung des Völkerrechts gerade auch auf den Schutz und die Integrität kleinerer Völkergemeinschaften zurückschlagen kann. «Bund und Kantone beachten das Völkerrecht» steht in der schweizerischen Bundesverfassung unter Art. 5, da wo die Grundsätze des rechtsstaatlichen Handelns verankert sind. Und in Art. 54 der Bundesverfassung ist die Verpflichtung zur Beachtung der Menschenrechte festgehalten. Das ist gut so. Kämpfen wir dafür, dass dies so bleibt!

Max Chopard-Acklin, Nationalrat AG

Aus Orange wird Rot

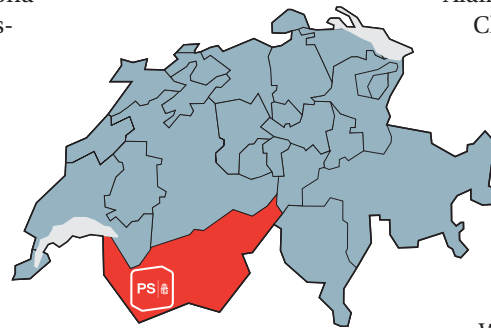
In Martigny eröffnen wir am 14. Februar den Wahlkampf. Der Ort für den Wahlparteitag ist nicht zufällig gewählt: Ist doch mit Nationalratspräsident Stéphane Rossini ein roter Unterwalliser höchster Schweizer.

Das Wallis ist bekannt für guten Wein (wenn nicht gepanscht), tolle Skipisten, beeindruckende Viertausender, Raclette und die CVP. Doch seit kurzem ist das Wallis nicht mehr orange, sondern rot. Seit dem 24. November ist nämlich ein roter Unterwalliser aus Nendaz höchster Schweizer: Stéphane Rossini ist Nationalratspräsident. Grund genug, unseren ausserordentlichen Wahlparteitag am 14. Februar in Martigny durchzuführen. Rund acht Monate vor dem Wahltag am 18. Oktober wollen wir mit Delegierten aus allen Sprachregionen, vom Land, aus den Agglomerationen und der Stadt den Auftakt unserer Wahlkampagne begeben. Mit der Diskussion und Verabschiedung der Wahlplattform werden wir zeigen, warum wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten uns tagtäglich für eine solidarische, gerechte und offene Gesellschaft einsetzen. Wir werden zeigen, warum wir den Sozialstaat und die humanitäre Tradition unseres Landes verteidigen. Die SP steht ein für sichere Renten, höhere Löhne, Gleichstellung und bezahlbaren Wohnraum. Denn wahrer Fortschritt hat das Ziel, allen Menschen ein selbstbestimmtes, gutes

Leben in und mit der Gesellschaft zu ermöglichen. Wir wissen: Die Schweiz ist dann stark, wenn es allen gut geht – und nicht nur ein paar wenigen. Daran glauben wir!

Wir freuen uns auch auf Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga und Bundesrat Alain Berset, Parteipräsident Christian Levrat, auf das Duo «luna tic» und vieles mehr. Und wir freuen uns vor allem, wenn auch du am 14. Februar den Weg ins Unterwallis findest. Debatte und feiern wir zusammen für einen erfolgreichen Start ins Wahljahr 2015, geniessen wir Wein und Raclette am Vorabend und machen wir das Unterwallis gemeinsam noch ein bisschen roter!

Fragen zum Parteitag: parteitag@spschweiz.ch



Flavia Wasserfallen
Co-Generalsekretärin SP Schweiz

GESEHEN



«Häusliche Gewalt kommt bei uns nicht in die Tüte!» Mitglieder der SP-Fraktion, Jusos-Präsident Fabian Molina und Bundesrätin Simonetta Sommaruga machten am 25. November, dem Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, mit einer Strassenaktion auf das Problem der häuslichen Gewalt aufmerksam. Gleichentags wurden im Namen der Fraktion drei Vorstösse eingereicht, die zum Ziel haben, dass häusliche Gewalt bekämpft und verhindert wird.

AUSSCHREIBUNGEN

Vizepräsidium SP Schweiz

David Roth hat Anfang Dezember seinen Rücktritt als Vizepräsident der SP Schweiz auf den Parteitag 2015 bekannt gegeben. Der Sitz wird am Parteitag vom 14. Februar in Martigny neu besetzt. Bewerbungen können bis 30. Januar unter parteitag@spschweiz.ch eingereicht werden, Fragen können an dieselbe Adresse geschickt werden.

Co-Präsidium AG Gleichstellung

Die AG Gleichstellung ist eine Arbeitsgruppe der SP Frauen Schweiz, welche die inhaltlichen Grundlagen einer zukünftigen sozialdemokratischen Geschlechter- und Gleichstellungspolitik erarbeitet. Sie steht gleichstellungsinteressierten GenossInnen aller Geschlechter offen.

Ab Januar 2015 sucht die AG Gleichstellung ein neues Co-Präsidium. Es gilt dabei zu beachten, dass gemäss Reglement der SP Frauen das Co-Präsidium der AG Gleichstellung jeweils durch eine Frau und einen Mann besetzt sein muss. Die Neuwahl des Co-Präsidiums gestaltet sich wie folgt: Kandidierende (einzeln oder zu zweit) sind gebeten, ihre Kandidatur (mit Motivationsbrief und Lebenslauf) bis zum 20. Januar 2015 ans Zentralsekretariat der SP Frauen zu melden (anita.balz@spschweiz.ch). Die Neuwahl des Co-Präsidiums wird von der AG Gleichstellung an ihrer Sitzung im Februar 2015 vorgenommen und anschliessend von der SP-Frauen-Koordination bestätigt.

Weitere Auskünfte: Anita Balz, Zentralsekretärin SP Frauen Schweiz, anita.balz@spschweiz.ch, 031 329 69 90.

Gruppe Internetpolitik

Die SP-Fraktion hat durch Experten einen Grundlagenbericht für die Internetpolitik erarbeiten lassen. Dieser Bericht wird nun von einer Gruppe von parteiinternen Fachleuten und Interessierten weiter diskutiert. Die Diskussion wird zunächst auf einer Internet-Plattform geführt. Wer mitwirken will, ist herzlich eingeladen, sich beim Moderator zu melden: leo.keller@spschweiz.ch.

IMPRESSUM

Herausgeber: SP Schweiz und Verein SP-Info, Spitalgasse 34, 3001 Bern, Telefon 031 329 69 69, Fax 031 329 69 70
Erscheint 9 Mal pro Jahr, Auflage 38 355 (Wemf)

Abonnementspreise: Für Mitglieder der SP Schweiz gratis

Adressänderungen/Abos: abo@spschweiz.ch

Redaktion: Andrea Bauer (Chefredaktion), Niklaus Wepfer (SO), Livia Diem (BS), Ruedi Brassel (BL), Oliver Lüthi (BE), Katharina Kerr (AG), Sebastian Dissler (LU), Petar Marjanovic (TG), Michael Sutter (Stadt Bern), Urs Geiser (Korrektor)

E-Mail Redaktion: links@spschweiz.ch

Gestaltungskonzept: muellerluetolf.ch

Produktion: Atelier Kurt Bläuer, Bern

Druck: Ringier Print Adligenswil AG

Postfach 3739, 6002 Luzern

Anzeigen: Kilian Gasser, Medienvermarktung GmbH, Hellgasse 12, 6460 Altdorf, Tel. 041 871 24 46, Fax 041 871 24 47
kg@kiliangasser.ch

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 8.12.

Redaktionsschluss nächste Ausgabe: 19.1.2015

GENOSSEN



Hans Studer ist Mitglied der SP Chur. Vor seiner Pensionierung war er Dozent für Erziehungswissenschaften an der PH Graubünden.

Blick in die Denkwerkstatt

Antonio Gramsci gehört heute zu den nach Dante weltweit am meisten zitierten italienischen Autoren; für den Historiker Eric Hobsbawm ist er «der originellste Denker, den der Westen seit 1917 hervorgebracht hat». Seit kurzem liegt die erste deutschsprachige Einführung in sein Werk vor.

Thomas Barfuss und Peter Jehle haben nicht ein Buch mit Wissen vollgestopft, sondern nehmen die Leserinnen und Leser mit, einem Denker beim Denken zuzuschauen, einem Denken, das nie Selbstzweck ist, sondern sich immer auf veränderndes Eingreifen ausrichtet. Im Zentrum stehen die über zweitausend Seiten umfassenden «Gefängnishefte», die Gramsci in den zehn Jahren Haft in faschistischen Gefängnissen bis zu seinem Tod 1937 geschrieben hat.

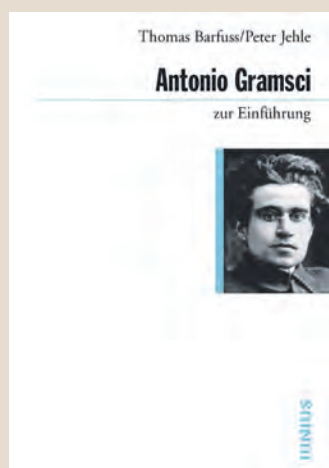
«Philosophie der Praxis – in Gramscis Werkstatt» heisst das erste Kapitel, denn Gramsci hat «kein geschlossenes Werk, sondern eine offene Werkstatt hinterlassen». Die Autoren stellen zunächst die geschichtlichen Materialien dar, die Gramsci bearbeitet, und die begrifflichen Werkzeuge, die er entwickelt und anwendet. Wie für Brecht sind auch für ihn Begriffe «Griffe, mit denen man die Dinge bewegen kann».

Hilfreich für politische Auseinandersetzungen von heute ist auch das zweite Kapitel «Erkenne dich selbst – kritische Erneuerung des Alltagsverstandes». Es geht nicht darum, «den unkritischen Alltagsverstand zu bestärken und für eigene Zwecke auszunutzen», das wäre für Gramsci reaktionär; aber er überlässt den «gesunden Menschenverstand» nicht der politischen Rechten. Er knüpft an die kritische Kraft an, die diesen Begriff in der Aufklärung zu einem Kampfbegriff gemacht hat.

«Alle Menschen sind Intellektuelle – Heraustreten aus der Subalternität» heisst darum folgerichtig das dritte Kapitel. Von zentraler Bedeutung für politisch-kritisch denkende Menschen heute ist auch das vierte Kapitel: «Pessimismus des Verstandes, Optimismus des Willens – Gramscis politische Theorie.» Er sei Pessimist aufgrund der Einsicht, aber Optimist aufgrund des Willens, schrieb Antonio Gramsci seinem Bruder Carlo am 19. Dezember 1929 aus dem Gefängnis. Nur wer beides in sich vereint, resigniert nicht und wird auch nicht zum Träumer. Sorgfältig wird in diesem Kapitel der für Gramscis politische Theorie wesentliche Grundbegriff «Zivilgesellschaft» entfaltet und gegenüber den heute kursierenden, häufig reduzierten und verflachenden Versionen abgegrenzt.

Das letzte Kapitel widmet sich den vielfältigen Widersprüchen der Modernisierung, die Gramsci in vielen ihrer Facetten reflektiert. In jedes Kapitel ist jeweils ein Exkurs eingefügt, der in angrenzende oder weiterführende Themenbereiche einführt.

«Wenige Autoren schreiben so klar wie Gramsci. Es macht Spass, ihn zu lesen», schreiben die beiden Verfasser im Vorwort. Nach der Lektüre ihrer Einführung möchte man sagen, das trifft auch auf sie zu.



Thomas Barfuss/Peter Jehle (2014)

Antonio Gramsci zur Einführung

Junius Verlag, Hamburg,

ISBN 978-3-88506-084-0

MOVENDO

Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

Älter werden im Beruf D2.5.1512

11.–12.2.2015; Kurhotel Bad Ramsach, Läufelfingen
Stärken und Schwächen herausarbeiten, Balance von Berufs- und Privatleben, Veränderungen planen und in Angriff nehmen, Umgang mit der eigenen Energie. Referentin: Astrid Mehr (Erwachsenenbildnerin)

Aggressionen im öffentlichen Dienst – asa D2.4.1525

26.–27.2.2015; Seminarhotel Sempachersee, Nottwil
Aggressionen und ihre Ursachen, Kommunikation und Wahrnehmung, Deeskalationsstrategien, Selbstmanagement. Referent: Fritz Zurflüh (Ausbildner und Berater)

Der Weg der Frau: Wen-Do

D2.5.1509
5.–6.3.2015; Trigon Bildungszentrum, Zürich
Gesellschaftliche Rollenerwartungen, verbale und körperliche Verteidigung. Referentin: Jeanne Allemann (Wen-Do-Trainerin)

Beruflich am Ball bleiben – persönlich weiterkommen D2.5.1505

12.3.+26.3.2015; Novotel Bern Expo
Ausführliche berufliche und persönliche Standortbestimmung, Ressourcen, Fähigkeiten und Stärken erkennen, berufliche Möglichkeiten kennen, Berufs- und Lebensziele, Aktionsplan. Referent: Christoph Dengler (S&B Institut)

Suchen und finden – sicher im Internet D2.6.1527

13.3.2015; Technopark, Zürich
Umfassende Google-Suche und Google-Tricks, verschiedene Suchwerkzeuge nutzen, Überprüfung der Informationen, Sicherheitstipps für den Umgang mit dem Internet
Referentin: Claudine Traber (Mediengewerkschaft SSM)

Anmeldung: www.movendo.ch, info@movendo.ch, Tel. 031 370 00 70
Die Kosten werden von der Gewerkschaft getragen. SP-Mitglieder, die nicht Gewerkschaftsmitglied sind, profitieren vom reduzierten Tarif: Fr. 230.– pro Tag statt Fr. 390.– resp. Fr. 300.– statt Fr. 450.–.



MIA KICKI GUJER(20) IST PRAKTIKANTIN BEI DER JUSO SCHWEIZ UND KANDIDIERT 2015 IM AARGAU FÜR DEN NATIONALRAT

«Mein Wecker klingelt zwischen 6 und 7 Uhr, je nachdem, wann ich am Abend vorher ins Bett gekommen bin. Ich stelle mich kurz unter die Dusche, Frühstück gibts bei mir keins – höchstens einen Yogi-Drink aus der Migros. Dann bin ich meist ziemlich schnell aus dem Haus und steige in einen der überfüllten Züge. Die einstündige Zugfahrt von Wettingen nach Bern nutze ich, um noch ein wenig Schlaf nachzuholen oder um an meiner Fachmaturitätsarbeit zu schreiben. Sie ist neben meinem persönlichen Interesse an der Politik und der Juso mit ein Grund, warum ich mich nach einem Praktikum umgeschaut und für die offene Stelle auf dem Sekretariat der Juso Schweiz beworben habe. Im Seki bin ich meistens die Erste, was mir recht ist, denn so kann ich in Ruhe meine Mails checken und beantworten. Dabei handelt es sich grösstenteils um Fragen von Juso-Sektionen, die Hilfe beim Organisieren von Aktionen oder Material zum Flyern brauchen. Fabian Molina leitet ab und zu auch Mails – einige davon regelrechte Hasstiraden – an mich weiter, die ich dann auf möglichst diplomatische Art und Weise zu beantworten versuche. Mit der Zeit trudeln die anderen Mitarbeitenden ein und es wird etwas lauter und gesprächiger im Büro. Da wir nicht viele sind, die auf dem Seki arbeiten, erledige ich sehr unterschiedliche Arbeiten. Ich organisiere Anlässe, erledige kleine grafische Arbeiten, poste für die Juso Mitteilungen auf Facebook und ab und zu verfasse ich auch eine Medienmitteilung. Das macht das ganze Praktikum sehr abwechslungsreich und interessant. Mit den anderen Mitarbeitenden verstehe ich mich sehr gut. Das ist etwas, was ich an der Juso grundsätzlich toll finde. Man findet schnell Kontakt zu den anderen Mitgliedern und eigentlich sehe ich uns mehr als einen grossen Freundeskreis. Hier liegt ein grosses Potenzial der Juso: Weil sich alle so gut kennen, lassen sich sehr

leicht viele Leute für eine lustige Standaktion oder eine spontane Demo mobilisieren. Gegen Mittag, wenn wir alle hungrig werden im Büro, holen wir uns etwas zu essen – bei mir gibts im Normalfall Pasta. Zum essen trifft man sich gemeinsam mit den Mitarbeitenden des SP-Sekretariats in der Cafeteria. Da geht es immer sehr lustig zu und her. Es wird über politische Aktualitäten diskutiert oder man amüsiert sich über peinliche Medienauftritte von Politikern.

Wenn ich abends gegen 18 Uhr den Heimweg antrete, ist meine Arbeit für die Juso meist noch nicht getan. Ich bin seit einem Jahr im Vorstand der Juso Aargau und seit kurzer Zeit im Vorstand der SP Wettingen. Da stehen oftmals noch Sitzungen an. Durch das Praktikum bei der Juso habe ich viel gelernt, was ich bei der Vorstandsarbeit direkt anwenden und einbringen kann. Momentan sind wir mit den Vorbereitungen des Wahlkampfs für die Nationalratswahlen beschäftigt. Die Juso Aargau wird mit einer eigenen Liste antreten und da ich selber auch kandidiere, bin ich gleich doppelt und dreifach eingebunden.

Habe ich mal keine Sitzung oder andere politischen Verpflichtungen, gehe ich nach der Arbeit gerne noch mit Freunden ein Bier trinken. Ich habe immer noch engen Kontakt mit Leuten, mit denen ich zur Schule gegangen bin. Nicht alle von ihnen haben etwas mit der Juso am Hut und das finde ich auch völlig in Ordnung. Es tut ganz gut, manchmal den Kopf frei zu bekommen und über andere Dinge als politische Abstimmungen oder den anstehenden Wahlkampf zu sprechen. Es ist sicher so, dass ich momentan neben der Arbeit auch den Grossteil meiner Freizeit mit der Juso verbringe. Ich möchte mich aber überhaupt nicht beklagen. Es macht mir riesig viel Spass und ich freue mich auf die restlichen Monate meines Praktikums bei der Juso.»

Aufgezeichnet von Hannah Locher

AGENDA 2015



13. FEBRUAR

Koordinationskonferenz in Martigny

14. FEBRUAR

ausserordentlicher Parteitag
in Martigny

8. MÄRZ

eidgenössische Abstimmungen

20. MÄRZ

Mitgliederversammlung
SP Frauen



21. MÄRZ

Mitgliederkonferenz SP 60+

24. APRIL

Koordinationskonferenz

25. APRIL

Delegiertenversammlung

14. JUNI

eidgenössische Abstimmungen

3. JULI

Koordinationskonferenz
Deutschschweiz



6-8. AUGUST

Sommeruni in Chandolin

12. SEPTEMBER

nationale Wahlveranstaltung
der SP Schweiz



18. OKTOBER

nationale Wahlen

29. NOVEMBER

eidgenössische Abstimmungen

4. DEZEMBER

Koordinationskonferenz

5. DEZEMBER

Delegiertenversammlung

ANZEIGE



«Kann der wilde Mix der Agglo seelenlos sein, wenn dort 45 Prozent der Bevölkerung wohnen?» *Berner Zeitung*

«Jede Reportage eine kleine Welt – zusammen ein ganzes Agglo-Universum.» *Buch-Tipp SRF 2*

«Die Autoren werten nicht. Und belächeln nie.» *Aargauer Zeitung*

«Höchst anschauliche Reportagen.» *Programmzeitung*

Matthias Daum, Paul Schneeberger
Daheim.

Eine Reise durch die Agglomeration.
2013. 208 S., 100 Abb. und farb. Ill.
Klappenbroschur.
ISBN 978-3-03823-849-2

Fr. 38.– (UVP)

www.nzz-libro.ch



NZZ Libro

Arbeitslosigkeit muss verschwinden.

Mit verschiedensten Angeboten schaffen wir Perspektiven für Menschen ohne Stelle. Danke, dass Sie uns dabei unterstützen.

www.sah-schweiz.ch
PC-Konto 30-241785-6



**Schweizerisches
Arbeiterhilfswerk SAH**
Arbeit und Integration



SPINAS CIVIL VOICES



SPINAS CIVIL VOICES

SCHLUCK!

In Afrika muss jeder dritte Mensch verschmutztes Wasser trinken.

Jetzt handeln: www.helvetas.ch



Unterstützt durch



HELVETAS

Handeln für eine bessere Welt